

Die Zonenausschusstagung
der CDU der britischen Zone
vom 1. bis 3. Februar 1947
und ihre Vorbereitungen

Das Ahlener Programm

Rudolf Uertz

Selten hat ein Parteiprogramm in Deutschland eine solche Resonanz erfahren wie das vorsechzig Jahren, am 3. Februar 1947, von der CDU der britischen Zone verabschiedete Ahlener Programm. Zu seiner Popularität trugen auch SPD und DGB-Gewerkschaften bei. In den 1950er-Jahren ließen sie das Programm zu Schulungszwecken nachdrucken. Der Tenor: Die CDU sei mit diesem aus der christlichen Soziallehre stammenden Programm angetreten, eine sozialgerechte Ordnung zu proklamieren. Mit der Sozialen Marktwirtschaft habe sie ihren programmatischen Ursprung verraten.

Auch im „Konflikt der Systeme“ zwischen Ost und West durfte das *Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm*, so sein voller Name, nicht fehlen. Die kommunistischen Kaderschmieden in Ostberlin setzten es gerne zu Propagandazwecken ein, um der West-CDU ihren christlichen Sozialismus aus der Frühzeit vorzuhalten (vergleiche Herbert Bertsch, *CDU/CSU demaskiert*, Berlin 1961, Seite 263 ff.).

Ahlen – eine Jugendsünde?

Kein Wunder, dass das Programm auch innerhalb der Union immer wieder zu Irritationen führte. Berühmt wurde es eigentlich erst durch die politische Agitation von links. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle beantwortete in den 1960er-Jahren Anfragen zum Dokument durchweg formal: Es sei „von Gremien der Gesamt-CDU weder behandelt noch angenommen worden“. Das wiederum reizte die Sozialausschüsse. Sie betrachteten das

Programm von Ahlen stets als das ihre; denn seine Entstehungsgeschichte ist eng mit der christlichen Soziallehre und den Interessen der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft verbunden. Schließlich wird das Programm auch in den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 gewürdigt, wo es heißt: „Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt.“ Die Düsseldorfer Leitsätze – eine „Fortschreibung“ der Grundsätze von Ahlen?

Bei genauerem Hinsehen ist erkennbar, dass schon in den Ahlener Leitsätzen die Ambivalenz von liberalen und sozialen Grundsätzen in der Programmatik der Union angelegt ist. Dieser Umstand war es, der dem Manifest eine aufregende Rezeptionsgeschichte sicherte. Auf dieses Spannungsverhältnis zwischen den Prinzipien der christlichen Soziallehre und des Ordoliberalismus hat dann auch Kurt Biedenkopf zu Beginn der Erneuerung der Union unter Helmut Kohl Anfang der 1970er-Jahre hingewiesen. In dieser Spannung sah Biedenkopf, seinerzeit Generalsekretär der Bundespartei, eine wichtige Triebfeder der CDU-Programmatik. Grundsätze von Ahlen wurden dabei konstruktiv in die ordnungspolitische Debatte der Union einbezogen. Das wiederum erzielte Franz Josef Strauß im Jahre 1975. Er sah im Manifest von Ahlen eine „Jugendsünde“ und empfahl seinen Parteifreunden, endlich die „Mumie im Grab“ zu las-

sen und „nicht das Gras zu fressen, das längst darüber“ gewachsen sei.

Ein Produkt der Nachkriegszeit

Die politische Entwicklung der CDU zeigt jedoch: Das Programm von Ahlen war weder eine „Jugendsünde“ noch ein „Unfall“. Seine tieferen Konturen zeigen sich erst in der historischen Betrachtung. Das Programm ist ein typisches Produkt der Nachkriegszeit, genauer des Winters 1946/47, der zu den extremsten in Deutschland zählte. Kälte und Hunger, Not und Elend sowie die Mangelbewirtschaftung ließen 1946/47 in Deutschland Tausende von Menschen erfrieren und verhungern. In seiner berühmten Silvesterpredigt 1946 hat der Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Frings den Diebstahl von zum Überleben notwendigen Gütern in existenzieller Situation sittlich gerechtfertigt, woraufhin die Rheinländer den Kohlenklau fortan als „fringsen“ bezeichneten. Die Militärregierung vermochte ebenso wenig wie die deutschen Stellen die Bevölkerung ausreichend mit Nahrungs- und Gebrauchsgütern zu versorgen. An eine funktionsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung war damals noch nicht zu denken; einzig der Schwarzmarkt florierte. Die ohnehin knappen Lebensmittel konnten nur mittels Bezugscheinen besorgt werden.

Pläne wie die Internationalisierung des Ruhrgebietes und Varianten des Morgenthau-Planes, wonach Deutschland entindustrialisiert werden sollte, geisterten umher. Die britische Besatzungsmacht verfolgte den Plan, die Schlüsselindustrie in ihrer Zone zu verstaatlichen. Mit einer staatlich gelenkten Wirtschaft hätte sich Großbritannien die deutsche Industrie als Konkurrenten auf dem Weltmarkt leichter gefügig machen können, als dies bei einer Privatwirtschaft möglich wäre.

Teile der CDU in Nordrhein-Westfalen, in Hessen sowie in Berlin, der Sowjetzone und weiteren Landesverbänden

vertraten nach 1945 einen christlichen Sozialismus. Jakob Kaiser glaubte, dass dieser als „Brücke zwischen Ost und West“ fungieren könne, mit der die Totalsozialisierung des Kommunismus abgewehrt werden könne (vergleiche *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, herausgegeben von Winfried Becker/Günter Buchstab u. a., Paderborn 2002, Seite 477 f.). Dieses Konzept 1945/46 war unter maßgeblicher Beteiligung des Sozialethikers Eberhard Welty aus dem Dominikanerkloster Walberberg erarbeitet worden. Danach habe der Staat „zur Stunde das Recht, das Sondereigentum durch geeignete Zwangsmaßnahmen so weit in Gemeineigentum zu verwandeln, als sein eigenes Dasein und seine innenpolitische Ordnung mit dieser Wandlung stehen und fallen“ (Eberhard Welty, *Was nun?*, Brühl 1945, Seite 31). Gespeist wurden die sozialreformerischen Ideen durch die Enzyklika *Quadragesimo anno* Pius' XI. (1931), die dem Staat als letztes Mittel die Möglichkeit an die Hand gibt, das Privateigentum, wenngleich naturrechtlich geschützt, hinsichtlich seiner „sozialen Belastungen“ einzuschränken. Der Generalsekretär der CDU Rheinland, Karl Zimmermann, charakterisierte die Lage: „Die politische Tendenz geht in aller Welt nach links. Die soziale Not, die im Verfolg des Krieges überall entstanden ist, macht dies verständlich. Ebenso zeigt sich aber auch überall das Erwachen christlicher Kräfte. Und auch die christlichen Kräfte zeigen überall die Richtung nach links. Links nicht im Sinne einer radikalen politischen Umwälzung, sondern im Sinne einer sozialen Reform und einer sozialen Politik“ (nach Klaus Gotto, in: *Christliche Demokratie in Deutschland*, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle 1978, Seite 21 ff.).

„Christliche Sozialreform“

In die Entwürfe zum Ahleener Programm sind unzweifelhaft Grundsätze der christ-

lichen Soziallehre eingeflossen, wie sie vor allem von der Dominikanerschule vertreten wurden. Die eigentlichen Programm-vorbereitungen aber oblagen Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Was zum „Mythos von Ahlen“ sicherlich beigetragen hat, war der Umstand, dass von dieser Zonenausschusstagung vom 1. bis 3. Februar 1947 – sie fand im Kloster St. Michael im westfälischen Ahlen statt – kein Protokoll existiert. Das Treffen war allerdings alles andere als eine Geheimta-gung. Wie üblich waren zu ihm neben den Delegierten aus den Landesverbänden Hannover, Westfalen, Rheinland, Schles-wig-Holstein, Braunschweig, Oldenburg, Hamburg, Bremen und Lippe auch zahl-reiche Beobachter und Gäste eingeladen worden. Zeitzeugen berichten, dass dabei ausgiebig diskutiert und heftig gestritten wurde. Überraschungen oder eine Sensation gab es jedoch nicht. Denn die Vorbe-reitungen und die entscheidenden Ab-stimmungen waren schon so weit gedie-hen, dass in Ahlen nur noch kleine Ände-rungen am Text vorgenommen werden mussten. Die eigentliche Vorbereitung hatte sich zuvor im kleinen Kreise abge-spielt. Offiziell zuständig war der Wirt-schafts- und Sozialausschuss der Landes- und der Zonenpartei unter dem Gewerk-schafter Johannes Albers und dem Kölner Bankier Robert Pferdenges. Die Sitzun-gen sind protokolliert, sodass der inner-parteiliche Willensbildungsprozess gut nachgezeichnet werden kann (zum Gan-zen vergleiche Rudolf Uertz, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU*, Stutt-gart 1981, Seiten 89 ff., 166 ff.).

Adenauer und das Ahlener Programm

Im Jahre 1973 hat der Historiker Peter Hüttenberger erstmals Protokolle und Entwürfe des Programmausschusses der rheinischen CDU gesichtet und ausge-wertet. Seine Funde bedeuteten damals eine kleine Sensation. Er konnte zeigen,

dass Konrad Adenauer nicht nur die gesamten Programm-vorbereitungen ge-steuert hat, sondern am 7. Januar 1947 in Köln dem Ausschuss einen Entwurf unter-breitet hat, der nach Überarbeitung durch den Generalsekretär der CDU der briti-schen Zone, Josef Löns, in der Sitzung vom 20. Januar angenommen wurde. Adenau-ers Entwurf ist bis auf geringfügige Än-derungen mit dem in Ahlen verabschie-deten Text identisch. Dort wurde trotz lebhafter Diskussionen nichts Wesent-liches mehr revidiert (vergleiche Peter Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demo-kratie*, Siegburg 1973).

Der Umstand, dass der Zonenvorsit-zende die Vorbereitung für Ahlen derart dominiert hat, war bis zum Auffinden der Protokolle unbekannt. Hüttenberger bilanziert: „Nach den vorliegenden Unterlagen ist es somit unzweifelhaft, dass Adenauer das Ahlener Programm formuliert hat.“ (Seite 73) Diese Darstel-lung kollidierte allerdings mit der bis da-hin vertretenen These, dass das Ahlener Programm auf den linken Flügel der Par-tei, namentlich auf Johannes Albers und Karl Arnold, zurückgehe. Nach Hütten-bergers Version blieb ungeklärt, wie sich die Sozialausschüsse mit diesem Mani-fest so sehr zu identifizieren vermochten, wenn sie daran nur marginalen Anteil ge-habt haben sollten.

Im Übrigen widerspricht die These vom „Adenauer-Programm“ den Ein-schätzungen des CDU-Vorsitzenden. In seinen *Erinnerungen* dankt Adenauer Jo-hannes Albers ausdrücklich für die Ein-igung in der Frage des Wirtschafts- und Sozialprogramms, in der innerhalb der Partei unterschiedliche Auffassungen gegeneinandergestanden hätten (Band 1, Stuttgart 1965, Seite 54 ff.). Der Stellen-wert des „Kompromisses“ in der Soziali-sierungsfrage hätte von Adenauer kaum höher veranschlagt werden können, bei dem es heißt: „Wenn die Einigung nicht

erreicht worden wäre, so fürchte ich, wäre unsere Partei auseinandergefallen. [...] Die CDU ist ihm (Johannes Albers, Anmerkung des Verfassers) zu großem Dank verpflichtet.“ Allerdings konnte die Einigung nicht, wie Adenauer behauptet, am 1. März 1946 in Neheim-Hüsten erfolgt sein, da die Sozialisierungsfrage dort vertagt wurde. Die förmliche Zustimmung von Albers zum gemeinsamen Programm erfolgte vielmehr erst im Verlaufe der Sitzungen des Programmausschusses und der Zonenausschusstagung in Ahlen.

Jüngere Archivfunde gestatten es, deren Vorbereitungen genauer zu rekonstruieren. Danach ist Adenauers Entwurf eine modifizierte Kompilation von Ideen aus Papieren von Mitgliedern des zuständigen Programmausschusses. Die Sozialausschüsse der CDU Nordrhein-Westfalens hatten schon am 8. und 9. November 1946 in Herne *Leitsätze zur Wirtschaftsordnung* entwickelt, die teilweise auch im Entwurf Adenauers zu finden sind. Autor dieser Leitsätze ist Bruno Antweiler von den Deutzer Motorenwerken in Köln. Dem Programmausschuss der CDU Rheinland gehörte er als Berater an. In Herne sprach er über „Wirtschaftslage und Wirtschaftsgestaltung“. Von Antweiler stammen auch ein Grundsatzpapier sowie ein (bisher unbekanntes) 34-seitiges Gutachten *Zur künftigen deutschen Wirtschaftsverfassung*. Diese Dokumente geben über die programmatischen Ziele der CDU vor dem Hintergrund der wirtschafts- und besatzungspolitischen Konstellationen im Nachkriegsdeutschland Auskunft.

Vorbereitung des Programms

Auf der Herner Tagung betonte Antweiler, dass es nunmehr darum gehe, Grundsätze einer *christlichen Sozialreform* vor dem Hintergrund der konkreten wirtschaftlichen und politischen Lage in ein brauchbares Wirtschafts- und Sozialpro-

gramm zu überführen. Antweilers Papiere bieten somit gute Einblicke in die Vorbereitungsarbeit des Programmausschusses im Herbst und Winter 1946/47. Im Übrigen korrespondiert sein Grundsatzpapier eng mit dem Entwurf, den Albers als Alternative zu Adenauers Konzept ausgearbeitet hatte. Nach Antweilers Gutachten, das den Diskussionsstand des Programmausschusses widerspiegelt, wollte man mit dem Wirtschafts- und Sozialprogramm einen gangbaren Weg beschreiten zwischen Manchesterliberalismus und Staatssozialismus beziehungsweise „zwischen Kapitalismus und Marxismus“, wie es später programmatisch hieß (Gutachten im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung). Seine Leitsätze konnten nicht zuletzt deshalb für die CDU von Interesse werden, weil die Vergesellschaftungsideen behutsam vorgetragen wurden und die Leitideen in hohem Maße christlich-demokratischen und -sozialen Grundsätzen entsprachen. Für „normale Zeiten“ favorisierte Antweiler die wesentlich effizientere Marktwirtschaft.

Machtverteilendes Prinzip

Die „gemeinwirtschaftliche Ordnung“, die den Begriff „christlicher Sozialismus“ aus dem Parteijargon verbannen sollte, sah eine Vergesellschaftung nur in dringenden Fällen vor. Als leitender Gesichtspunkt wird die „Vermeidung der Zusammenballung übergroßer wirtschaftlicher Macht in den Händen Einzelner“ genannt. Das machtvorteilende Prinzip war auch von Adenauer zum Kernsatz des Programms von Ahlen erhoben worden. Dieses Prinzip intendiert nämlich unter anderem eine Kartellgesetzgebung, die ihrerseits eine marktwirtschaftliche Ordnung voraussetzt. Leitern in Antweilers Konzept ist der Grundsatz: „So viel *Freiheit* wie möglich, so viel *Bindung* wie nötig.“ Die Wirtschaftsfreiheit aber verbürge höhere Leistungen und damit eine bessere Versorgung des Volkes.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die ähnlich auch im offiziellen Programm anklingen, weisen weit über ein Aktionsprogramm hinaus. Die Einzelmaßnahmen, so heißt es, könnten nur im Rahmen eines Gesamtbildes der Wirtschaft richtig beurteilt werden. Das Gesamtbild aber müsse auf die heutigen deutschen Verhältnisse und Erfordernisse abgestellt werden. Jetzt gehe es um die „Überwindung der gegenwärtigen Notlage“; aber das dahinterstehende Ziel sei die Schaffung einer „zentralen deutschen Wirtschaftspolitik für alle vier Zonen“. Die Weitsicht der Programmplaner zeigt sich nicht zuletzt in der Forderung: „Aufbau der deutschen Wirtschaft [...] als Teil der europäischen Wirtschaft“, um die „Gefahr einer geheimen Wiederaufrüstung“ für die Zukunft unmöglich zu machen.

Die Grundsätze des Programmausschusses stimmen in hohem Maße mit Adenauers privatwirtschaftlichen Ideen überein, die schon in seinem Neheim-Hüstener Programm vom 1. März 1946 enthalten sind und auch vom liberal-protestantischen Wuppertaler Kreis mitgetragen wurden, der an den Vorbereitungen für Ahlen ebenfalls beteiligt war: „Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die *Anerkennung der Persönlichkeit*. Freiheit der Person auf wirtschaftlichem und Freiheit auf politischem Gebiet hängen eng zusammen. Die Gestaltung und Führung der Wirtschaft darf dem einzelnen nicht die Freiheit seiner Person nehmen.“ Diese Passagen wurden wörtlich ins Ahlener Programm übernommen. In der Präambel bilden sie den Interpretationsschlüssel für eine liberalere Lesart.

Die einleitende Passage der Präambel formulierten Karl Arnold und Johannes Albers: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und

sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.“ Danach konnte das Programm, das auch Forderungen nach Entflechtung der Konzerne, Vergesellschaftung von Bergbau und eisenschaffender Großindustrie, den Ausbau des Genossenschaftswesens und Kontrolle der Banken, betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihre Beteiligung am Ertrag enthielt, auch stärker im sozialreformerischen Sinne interpretiert werden.

Abwehr von Verstaatlichung

Der Programmausschuss der Landespartei unter Albers und Pferdenges hatte, das geht aus den Dokumenten Antweilers hervor, schon bis zur Herner Tagung im November 1946 wichtige Vorarbeiten geleistet, auf denen Adenauers Entwurf und die Redaktionsarbeiten von Löns aufbauen konnten (vergleiche *Neues Wollen – neue Ordnung*, herausgegeben von Karl Zimmermann, Gummersbach 1947, Seite 13 ff.). Die häufig vertretene These, Adenauer habe mit dem Ahlener Programm „taktiert“, erscheint angesichts der Unterlagen des Programmausschusses in etwas anderem Licht: Es ist erkennbar, dass nicht nur für Adenauer, sondern auch für Teile der Programmkommission (unter anderen Antweiler) die gesamten Vorbereitungen unter dem Vorbehalt standen, dass die deutsche Wirtschaft und Politik nicht frei gewesen sind. Entsprechend konnten deutsche Stellen erst nach der Übertragung der politischen Kompetenzen eigenverantwortlich über ihre Wirtschafts- und Sozialordnung befinden. Den Verstaatlichungsideen der Militärbehörde taktisch zu begegnen war ein bedeutendes Motiv. Adenauer, der im Düsseldorfer Landtag 1946 bis 1949 Vorsitzender der CDU-Fraktion war, machte während der Sozialisierungsdebatte keinen Hehl daraus, dass die Beschlüsse der CDU zur Neuordnung der Schlüsselindustrien, der Verhältnisse in

der Wirtschaft und des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern unter dem Vorbehalt stünden, dass „die deutsche Wirtschaft zur Zeit nicht frei“ sei. In der Landtagssitzung am 23. und 24. Januar 1947 kündigte er an, dass die CDU in dieser wichtigen Frage im Februar in Ahlen ein geeignetes Dokument zur Abstimmung vorlegen werde, das „vom linken und vom rechten Flügel einmütig“ erarbeitet worden sei.

Für die Sozialausschüsse unter Johannes Albers und diejenigen, die für die Verbreitung der Gemeinwirtschaftsideen des Ahlener Programms im Frühjahr 1947 beim Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen so energisch die Werbetrommel gerührt hatten, war das Manifest sicherlich mehr als ein Wahlprogramm. Die CDU wurde mit 37,6 Prozent stärkste Partei und bildete mit SPD (32,0 Prozent), Zentrum (9,8 Prozent) und bis 1948 KPD (14,0 Prozent) unter Karl Arnold eine Koalitionsregierung. Aber ein halbes Jahr später war dieses in wichtigen Teilen bereits überholt. Auf der Londoner Konferenz im Juni 1947 hatten die drei Westmächte die Gründung der Bundesrepublik in die Wege geleitet. Über Nacht hatten sich die Determinanten für die deutsche Politik geändert. Schon Ende 1947 nahm ein Kreis unter Franz Etzel Beratungen für ein neues Wirtschaftsprogramm auf. Jetzt war der Weg frei für einen eigenverantwortlichen deutschen Weg, zunächst in Frankfurt, ab 1949 in Bonn. Mit dem erfolgreichen Programm der Sozialen Marktwirtschaft, den Düsseldorfer Leitsätzen vom 15. Juli 1949, deren wirtschaftspolitischer Teil ordoliberaler Prägung ist und von Ludwig Erhard erfolgreich umgesetzt wurde, wurden der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und der Aufstieg Deutschlands in die Reihe der führenden Wirtschaftsnationen eingeleitet (vergleiche Programmdebatte

in: Helmuth Pütz [Bearbeiter], *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949*, Bonn 1975, Seiten 657 ff., 838 ff.).

Politischer Neuanfang

Das ist aber kein Grund, nicht auch das Ahlener Programm als Vorstufe dieser Entwicklung in Erinnerung zu rufen, das freilich noch stärker die Folgen der Weltkriegskatastrophe und die politischen, ökonomischen und sozialen Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus spiegelt. Es ist daher sicherlich keine Ironie, wenn Adenauer die Tagung des Zonenausschusses am 3. Februar 1947 in Ahlen als „Markstein in der Geschichte des deutschen Wirtschafts- und Soziallebens“ bezeichnet hat. Denn das Programm steht nicht nur für einen Neuanfang der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik nach 1945, sondern auch für die legitime Interessenvielfalt der CDU als Volkspartei. Es artikuliert stärker die statische Seite (Besitzverhältnisse und Sozialreform) als die dynamische Seite einer freien, produktiven, leistungsfähigen Wettbewerbsordnung, die mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erst nach der Übertragung wirtschaftspolitischer Kompetenzen auf deutsche Stellen 1948/49 in Angriff genommen werden konnte. Da das Ahlener Programm ordnungspolitische Grundsätze jedoch keineswegs außer Acht ließ, konnte es – so Franz Etzel – weitgehend widerspruchsfrei in die Düsseldorfer Leitsätze einbezogen werden.

Die „Wirtschaftsfreiheit“, so heißt es in Antweilers Gutachten, „entspricht eher der Natur des Menschen. Sie bedeutet: mehr Arbeitsfreude, höhere Leistung, größerer Ertrag und damit bessere Versorgung des Volksganzen.“ Dieser klassische Grundsatz christlicher Sozialethik galt 1946/47 ebenso wie 1948/49. Und er gilt auch heute noch.